



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Rente und Rohertrag

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

voller Bundesgenosse zu sein. Sa es giebt eine Bedingung, unter der wir in unserm eignen Interesse gezwungen sein würden, einzuschreiten, selbst mit Waffengewalt; das wäre die Bildung eines tschechischen Königreichs Böhmen, das die Deutschen in eine untergeordnete Stellung herabdrückte. Ein solches könnten wir niemals dulden, wir müßten eingreifen, um unser Fleisch und Blut vor roher Vergewaltigung zu retten, und um eine feindliche Staatenbildung zu zerstören, die, mitten hineingeschoben zwischen Schlesien, Sachsen und Baiern, uns im Falle eines europäischen Krieges aufs gefährlichste bedrohen könnte. Eine neue deutsche Eroberung Böhmens aber würde das Ende nicht nur aller Träume von der selbständigen Wenzelkrone, sondern auch aller „Gleichberechtigung“ des tschechischen Volkstums sein. Aber Gott verhüte, daß jemals diese bittere Notwendigkeit an uns herantrete!



Rente und Rohertrag



Im folgenden sollen einige längst bewiesene Sätze aus Ricardos und Thünens Grundrententheorie wiederholt und auf die Gegenwart angewandt werden.

Erstens: Mit den Marktpreisen des Getreides steigt und fällt die Grundrente.

Die Bewohner eines Landes verlangen je nach ihrer Anzahl eine bestimmte Menge Getreide im weitesten Sinne des Wortes zu ihrem Lebensunterhalt. Das ist die Nachfrage. Um sie zu befriedigen, wird Ackerland in entsprechendem Umfang unter den Pflug genommen und mit einem bestimmten Aufwand von Arbeit bestellt. Wie die Erfahrung lehrt, wird nicht alles Land, Stück für Stück, bebaut, sondern es bleibt immer welches liegen, das zu unfruchtbar ist, zu viel Arbeit verlangt, um einen bestimmten Ertrag zu liefern. Dies Land kann übergangen werden, weil in nicht zu weiter Entfernung besserer, weniger anspruchsvoller Boden zu haben ist.

Der Marktpreis ist für gleich gutes Getreide immer gleich, mag es mit viel oder mit wenig Arbeit hergestellt sein. Er kann aber nicht andauernd niedriger sein, als was es kostet, die Ware auf dem schlechtesten Boden herzustellen und von dem fernsten Acker herzuschaffen, der zur Befriedigung der Nachfrage noch bebaut werden muß. Sonst würde man dieses verlustreiche Unternehmen aufgeben; die Nachfrage würde nicht befriedigt werden, und der Preis würde steigen. Er kann aber auch nicht andauernd höher sein, als was die

Produktionskosten an dem schlechtesten und fernstem Boden betragen, der noch bebaut werden muß; denn sonst würde man es mit Gewinn unternehmen können, noch schlechtern oder fernern Boden zu bebauen, ohne daß diese Warenvermehrung zur Befriedigung der Nachfrage nötig wäre, die Nachfrage würde also überboten werden, und der Preis würde sinken. Der Preis wird demnach immer gleich sein den Beschaffungskosten der Ware von dem ungünstigsten Boden, der zur Befriedigung der Nachfrage noch benutzt werden muß.

Auf Land aber, das fruchtbar ist und dem Markte nahe liegt, hat man für dieselbe Menge Getreide weniger Beschaffungskosten und erhält doch denselben Preis. Es besteht also eine Differenz zwischen Preis und Kosten, und diese nennt man Rente. Wird mehr Getreide verlangt, so muß es von schlechtern oder fernern Lande geholt werden, die Produktionskosten steigen, und damit auch der Preis. Auf den alten Ländern erhält man nun für seine Ware mehr Geld und giebt doch nur ebenso wenig aus wie früher; die Differenz zwischen Preis und Kosten wird also größer, das heißt: die Rente steigt. Sinkt dagegen der Preis, wie er z. B. jetzt bei uns sinkt, weil infolge der Verbilligung des Wasserweges die fruchtbaren Äcker Amerikas unsre Nachfrage befriedigen können, und darum unter unsern eignen Äckern die anspruchsvollsten, die das Korn teuer gemacht haben, nicht mehr gebraucht werden, so bekommt jeder deutsche Landwirt weniger für das Getreide, das er liefert, und hat doch noch dieselben Ausgaben. Die Rente sinkt also, und zwar nicht nur auf einzelnen Äckern, sondern auf allen, guten wie schlechten; auf den schlechtesten und fernsten aber, z. B. auf manchen ostdeutschen, bringt die Bebauung geradezu Verlust.

Man kann also mit Recht sagen: die deutsche Landwirtschaft ist unrentabel geworden, nämlich bei der Ausdehnung und dem Arbeitsaufwand wie bisher. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß überhaupt auf keinem Acker mehr Rente zu erzielen wäre. Das würde erst eintreten, wenn nur die ganz wenigen allerfruchtbarsten Äcker noch bestellt werden könnten und 99 Prozent wüßt lägen.

Man kann aber nicht behaupten, daß die deutsche Landwirtschaft nur deshalb nicht rentire, weil die Güterwerte zu hoch seien, und erst dann „gesund“ könne, wenn die Güterwerte auf die „normale“ Höhe heruntergegangen seien. Warum sind sie denn so hoch? Etwa nur deshalb, weil man bei Kauf und Übernahme zu leichtsinnig war? Die Landwirte sind nicht leichtsinniger als andre Menschen. Nein, darum, weil der Ackerbau früher besser rentirte. Die ganze Weisheit läuft also darauf hinaus, daß die Landwirtschaft heute zu wenig einbringt, weil sie früher mehr einbrachte. Der Kapitalwert der Güter ist noch mehr als jeder andre eine Einbildung, ein rechnerischer Ausdruck, wie das schon oft genug dargethan worden ist. Man kann also nicht die Rente erhöhen, indem man den Kapitalwert herunternetzt. Denn was real ist, das ist die Rente: sie steigt und fällt. Der Kapitalwert ist nur

ein Signalhebel, an dem man die Bewegung vergrößert beobachten kann. Die Rente fällt aber nicht etwa in demselben Verhältnis wie die Preise, sondern zunächst viel schneller, und erst wenn die Preise tief sind, immer langsamer. Auf einigen Gütern verschwindet sie, aber wohl niemals vollständig im ganzen Lande.

Zweitens: Sinken die Preise, während die Kosten der Arbeit dieselben bleiben, so muß die erzielte Getreidemenge, der Rohertrag, im Lande abnehmen.

Anstatt, daß man daran geht, bei steigendem Bedarf neuen Acker unter den Pflug zu nehmen, kann man auch dieselbe Menge Arbeit auf den bisher bestellten Acker verwenden lassen, um größern Ertrag zu erzielen. Wenn guter Boden mit der doppelten Menge Arbeit gepflegt wird, so wird er freilich nicht den doppelten Ertrag geben, aber doch ebenso viel mehr, als wenn man sich auf dem nebenliegenden schlechten bemüht hätte. So wird bei steigenden Preisen nicht nur neuer Boden in Kultur genommen, sondern auch der alte besser bebaut. Ebenso umgekehrt: wenn die Preise sinken, so wird man nicht nur den schlechten Acker brach liegen lassen, sondern man wird auch auf den guten weniger Arbeit verwenden. Die natürliche Folge ist, daß man geringern Ertrag erhält. So liegt es jetzt bei uns. Sinken die Preise, und sinkt die Rente, so kann es nicht ausbleiben, daß auch der Rohertrag sinkt, daß sich der Anbau in Deutschland verringert; es müßte denn sein, daß Zufälle anderer Art, z. B. Erfindungen, wodurch die Produktivität des Landbaues erhöht wird, dazwischenkämen.

Drittens: Rente und Rohertrag müssen abnehmen, wenn die Kosten der Arbeit steigen.

Wenn man immer mehr Arbeit auf einen bestimmten Acker verwendet, so bringt der Arbeitszuwachs immer weniger Ertragszuwachs. Das ist das Gesetz von der abnehmenden Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit, eigentlich kein Gesetz, sondern eine Erfahrungsthatsache. Thünen wendet es an, wie folgt. Der Landwirt wird immer auf seinem Acker so viel Leute anstellen, daß der letzte Arbeiter eben noch die Kosten seiner Arbeit verdient; alle vorangehenden schaffen Mehrwert, der zusammengenommen die Rente des Ackers giebt. Er wird nicht weniger anstellen, sonst gerät er in Gefahr, sich die Rente zu kürzen; und er wird auch nicht mehr anstellen, denn alle folgenden würden ihm baren Zuschuß kosten. Nun ist der Arbeitslohn nicht immer gleich. Er ist auch nicht im Verhältnis zum Getreidepreise beständig. Der Arbeitslohn kann hoch, und der Brotpreis niedrig sein. Nach allgemeiner Anschauung ist das wohl jetzt bei uns so. Man hat ja sogar eine Gesetzgebung begonnen, eben um den Arbeitslohn zu erhöhen, wenn auch nicht den, den der Arbeiter in die Hand bekommt, so doch den, der ihm zu gute kommt. Die Arbeiterwohlfahrtsgesetze müssen, wenn sie das erreichen, was sie wollen, notwendigerweise die Kosten der Arbeit erhöhen. Sinkt der Arbeitslohn, so bringt auch

der Arbeiter, der bisher der letzte war, Mehrwert ein; denn er erarbeitet noch ebenso viel und erhält für sich doch weniger. Es können also noch weitere Arbeiter angestellt werden. Die Rente steigt, und der Rohertrag steigt. Wenn dagegen der Arbeitslohn steigt, so muß der Arbeiter, der bisher der letzte war, abgeschafft werden, der Mehrwert wird sich vermindern, und das Gesamtprodukt der Arbeit auch.

Zu den Produktionskosten der Landwirtschaft gehören Arbeitslöhne und fast nur Arbeitslöhne. Es ist ja auch selbstverständlich, daß eine Betriebsart, die die große Masse alles Rohmaterials schafft, nicht viel Rohmaterial verbraucht, sondern nur Arbeit. Steigen die Kosten der Arbeit, so merkt das kein Unternehmer so deutlich wie der Landwirt. Ein Hamburger Herr, der von seinem jährlichen Betriebskapital vielleicht zwei Drittel für Waren, und noch dazu für ausländische Waren, ausgiebt und nur ein Drittel für Arbeitslöhne seiner Schauerleute, merkt wenig von Unfall-, Kranken- und Altersversicherung, der Landwirt umso mehr. Jede Steuer aber, die auf einem Gewerbe mehr lastet als auf dem andern, muß notwendig entweder die Waren dieses Gewerbes verteuern oder seinen Umfang einschränken, im Ackerbau also Land brach legen. Darum hat auch der scharfsinnigste aller Freihändler, Ricardo, der wahrhaftig kein Freund der Grundherren war, gerade im Hinblick auf den Ackerbau anerkannt, daß es für solche Waren, die besondere Lasten zu tragen haben, zum Ausgleich einen Schutz Zoll auf fremde Waren gleicher Art geben müsse, und daß sogar ein Rückzoll, eine Exportprämie in gleicher Höhe für eben diese inländische Ware zugestanden werden müsse, nicht nach Grundsätzen der Schutz Zollpolitik, sondern gerade nach den Grundsätzen des Freihandels, damit das natürliche Gleichgewicht der Erwerbszweige im Lande nicht unversehens durch jenen Eingriff gestört werde.

Muß der Landwirt sparen, so kann er nur an den Kosten der Arbeit sparen. Wenn die Preise sinken, und wenn die Löhne steigen, in beiden Fällen kann er nicht mehr so viel Arbeit anwenden. Er muß „extensive“ Wirtschaft treiben. „Intensiv“ wirtschaften heißt viel Arbeit, viel Fleiß anwenden, berechnet auf die Einheit des Produkts. „Extensiv“ arbeiten heißt wenig Arbeit anwenden beim Düngen, beim Reinhalten des Ackers, beim Einsammeln der Ernte. Man könnte sagen, es hieße liederlich wirtschaften, aber mit dem Zusatz, daß eben der Liederliche hier wirtschaftlich ist. Extensive Wirtschaft, wo ehemals intensive war, bedeutet Verwüstung.

Es ist eine Fabel der alten Nationalökonomie, daß man, wenn ein Geschäft nicht mehr rentirt, sein Kapital nur einfach herauszuziehen brauche, um irgendwo anders einzuspringen zum eignen Vorteil und zum Vorteil der Gesamtheit. Das mag im Kaffeehandel so sein, aber nicht im Landbau. Der Landwirt kann im nächsten Jahre weniger Arbeiter anstellen und weniger Düngemittel anwenden; dann behält er ein kleines Kapital übrig. Aber was

an Arbeit bisher auf die Reinhaltung des Ackers, auf seine „Anreicherung,“ auf seine Entwässerung verwendet ist, dieses Kapital kommt nicht wieder, wenn er aufhören muß, diesen Acker zu bebauen. Thünen schildert das, was kommen muß, wenn eine neue Abgabe auf den Landbau gelegt wird, in folgender Weise (es gilt das aber ebenso für jeden Rückgang der Rente): „Durch den Ausfall der Einnahmen kann der Pächter die Pacht, der verschuldete Eigentümer die Zinsen nicht mehr aus den Gutseinkünften entnehmen, und das Fehlende muß dann häufig durch Verminderung des Betriebskapitals und des Inventarii herbeigeschafft werden. Mit dem verminderten Inventar ist dann die gute Bestellung des Feldes ganz unmöglich geworden. Aber die Macht der Gewohnheit ist so groß, die Überzeugung, daß schlechter Acker, der noch bemerkbaren Rohertrag giebt, keinen Reinertrag mehr, sondern nur Verlust bringt, so schwer zu gewinnen, daß man auch in einem solchen Falle lieber das ganze Feld schlecht bestellt, als einen Teil desselben liegen läßt, wodurch dann aber die Einkünfte des ganzen Gutes vernichtet werden können.“ Es ist nämlich eine äußerst schwierige Aufgabe, wenn sich die Verhältnisse verändert haben, auszurechnen, welcher Boden noch und auf welche Art er bebaut werden soll. Für gewöhnlich wird sie mit großen Verlusten durch die Praxis gelöst. Schließlich ist der Bankrott die einzige Hilfe, Ansprüche und Leistungen wieder ins Gleichgewicht zu setzen. Aber nicht etwa in dem Sinne, daß der Nachfolger nun mehr leisten könnte; im Gegenteil, er wird weniger Ertrag erzielen, weil ihm die Kenntnisse und teuern Erfahrungen seines Vorgängers fehlen. Aber es wird weniger von ihm verlangt. Darum bedeutet Besitzwechsel aus solchen Ursachen allgemeinen Rückgangs niemals eine Verbesserung im Interesse der Volkswirtschaft, wie man so oft behaupten hört.

Bisher habe ich das Entstehen und Vergehen der Rente dargestellt in der Ausdrucksweise und den Formeln des Kapitalismus. Aber gegen diese Formeln: Kapital, Zins und Marktpreis ist einiges Mißtrauen verbreitet. Der Volkswirt fragt, ob denn für die allgemeine Wohlfahrt etwas bewiesen sei, wenn der Kapitalwert oder der Zinsfuß oder die Marktpreise fallen oder steigen, Umstände, die immerhin für die Einzelwirtschaft von großer Bedeutung sein mögen. Die Rente sinkt? Nun gut, so haben jetzt einige Leute Verlust, die früher Gewinn hatten. Aber gereicht das nicht vielleicht gerade dem Volke zum Vorteil? Die Marktpreise sinken? Mögen sie doch! Das Volk lebt nicht vom Gelde, sondern von Gütern. Das Charakteristische an der kapitalistischen Produktionsweise ist, daß sie für den Markt arbeitet. Aber das ist nur ein Einzelfall unter allen möglichen Arten der Produktion, und noch dazu ein sehr moderner. Versuchen wir es doch einmal ohne die Formeln des Kapitalismus. Dann müssen wir die Sache folgendermaßen darstellen.

Jeder Boden wird einen Bebauer finden, wenn er den mindesten Bedarf seines Bebauers noch hergiebt, worunter natürlich nicht bloß der Mundbedarf zu verstehen ist, sondern so viel, daß davon durch Tauschhandel alle Bedürf-

nisse des Bebauers gedeckt werden können. Jeder Boden, der mehr einbringt, bringt Rente, die entweder in den Verbrauch vieler Einzelnen oder weniger Einzelnen oder keines Einzelnen, sondern der Gesamtheit übergeht. Sinken nun die Getreidepreise, nämlich zugleich gegen Geld und alle andern Waren, so wird der schlechteste Boden undankbar gegen seinen Bebauer, dieser gewinnt wohl seinen Mundbedarf, aber nicht mehr genug, um seine andern Bedürfnisse zu decken. Dann verläßt er diese Arbeit, mag er nun Tagelöhner oder Pächter oder Besitzer sein, vorausgesetzt, daß er bessern Unterhalt findet. Wenn in frühern Jahrhunderten der Landbau in gleicher Weise undankbar wurde, so wird der Arbeiter meist keinen bessern Unterhalt gefunden haben. Dann mußte er beim Acker bleiben und mit geringerm zufrieden sein, wenn er es nicht vorzog, auszuwandern. Aber für den Bürger der heutigen europäischen Kulturstaaten giebt es solchen Unterhalt. Er verfertigt nämlich Waren, um dafür auf dem Weltmarkt seine Bedürfnisse einzutauschen; und bei dieser Arbeit erntet er Korn so gut, als wenn er hinter dem Pfluge herginge, und Margarine und Fleisch noch obendrein. Warum soll er also mühselig die heimatliche Scholle beackern, wenn er auf diese Weise mehr erhält? Wirklich, wenn die Aufgabe der Wirtschaftspolitik nur die wäre, dem Volke so viel Güter zu schaffen, als im Augenblick zu haben sind, so wäre es Sünde, in diese Vorgänge einzugreifen. Daß das Brot billig ist, ist ein Segen; und daß die Löhne hoch sind, ist auch ein Segen. Es ist, als wenn die Deutschen an ihren Grenzen neues fruchtbares Land entdeckt oder erobert hätten. In solchem Glücksfalle müßte auch die Rente sinken, und dann könnte man mit Recht sagen: Laßt die Besitzer des alten Bodens klagen! Ihre Interessen stehen gegen die aller andern Bürger. Wir sind durch diese Eroberung nicht ärmer, sondern reicher geworden. Aber ach! die Landgüter, auf denen die Deutschen neuerdings ihr billiges Korn bauen, liegen jenseits der Meere außer allem Bereich unsrer politischen Macht. Wir können weder mit unsern Regimentern hin, noch mit den Schiffen, die wir noch nicht haben. Es ist nicht nur möglich, sondern sicher, daß die Amerikaner über kurz oder lang ihr Brot selber essen werden und ihre Maschinen bauen lernen werden, ebenso wie wir es in den letzten Menschenaltern gelernt haben. Dann wird aus dem fruchtbaren Handel: Ware gegen Korn ein einfacher Tauschhandel werden, etwa wie Nürnberger Land gegen Petroleum; und wir werden, um billiges Brot zu haben, wieder vor eine andre Thür gehen müssen. Freilich machen das die Engländer auch so. Aber die haben, wo sie Handel treiben, auch die politische Macht. Sie sind überall zu Hause, wo wir nur geduldet sind. Unsr Sicherheit liegt jetzt lediglich bei der Gewandtheit unsrer Handlungsreisenden und bei der Bescheidenheit unsrer Politik, die sich nirgends lästig machen darf! Die Ausfuhr darf nicht gefährdet werden; denn ohne diese giebt es keine Einfuhr, und die Einfuhr brauchen wir zum Volksunterhalt. Hätten wir mit einemale keine Ausfuhr mehr, so würden wir kein Getreide kaufen

können, und wenn es auf dem Weltmarkt noch so billig wäre. Die Landwirtschaft würde dann mit einemmale wieder rentabel werden, nicht notwendigerweise dadurch, daß das Korn im Inlande teurer würde, sondern vielmehr dadurch, daß die Löhne aufs tiefste sinken würden. Als Einzelwesen genommen, braucht sich freilich der Deutsche darüber keine Sorgen zu machen. Wirtschaftlicher Rückgang kommt nicht mit einemmale. Findet er schließlich einmal hier sein Brot nicht mehr oder keine Anlage für sein Kapital, so geht er eben ins englische Weltreich oder nach Amerika und nimmt sein geliebtes Kapital mit sich. Aber die Aufgabe einer guten Politik ist weder der Überfluß an Glücksgütern in der Gegenwart noch überhaupt das Glück des Einzelnen, sondern die Zukunft des Volkes. Und für diese ist das wichtigste das, was Oldenberg verlangt hat: Sicherheit und Selbständigkeit. Ein Volk darf nicht über einigen glücklichen Handelsgeschäften versäumen, auf seine Selbständigkeit zu achten.

Die sicherste Nahrung giebt einem Volke ohne Zweifel die Kultur des heimatlichen Bodens. Aber sie ist keine Arbeit, von der man weglassen kann, um sie ohne Schaden nach fünfzehn Jahren wieder aufzunehmen. Verlassenes Kulturland ist durchaus kein Kapital, das sich im Geldschrank unverfehrt aufbewahren läßt, sondern ein Arbeitsprodukt, das, ungebraucht, sich verzehrt und, einmal verwüstet, sich nur in jahrelanger Arbeit wiederherstellen läßt. Darum ist es nicht gleichgiltig, wenn um einer vorübergehenden Konjunktur willen der Anbau in Deutschland eingeschränkt wird. Wir hoffen, daß es dazu nicht kommen wird. Zunächst gilt es, die Gefahr zu erkennen. Sie liegt nicht eigentlich in dem Sinken der Geldrente, aber in den tiefen Ursachen dieser Erscheinungen, in dem Umstande, daß augenblicklich das Volk die Arbeit an der heimatlichen Scholle nicht nötig hat, und daß es zu ihr doch wieder wird zurückkehren müssen. So aufgefaßt, steht die Agrarfrage über dem Nebel der Interessenpolitik.

In dem Vorstehenden ist stillschweigend vorausgesetzt, daß der Arbeitslohn überall gleich hoch sei, wie in einem isolirten Staate, und nicht von den Grenzen her unterboten werden könne. Das ist ja nun freilich nicht der Fall. Von außen her dringt der niedrige Arbeitslohn wieder herein in menschlicher Gestalt und zuweilen auch nur in halb-menschlicher Gestalt. Wenn der deutsche Arbeiter den Acker verläßt, so braucht dieser deshalb noch nicht brach zu liegen, sondern viele Polenhände sind bereit, ihn auch gegen die amerikanische Konkurrenz noch zu behaupten, wenn es sein muß, ohne alle Schutzzölle, was der deutsche Arbeiter in seiner Eigenschaft als Konsument vielleicht für einen riesigen Vorteil hält. Und darin hat er Recht — für den Augenblick. S 4—.

